

Newsletter

aus Berlin und aus dem Wahlkreis

Liebe Genossinnen und Genossen,

BERLIN

Die SPD-Fraktion hat den Zypern-Hilfen zugestimmt. Das heißt aber nicht, dass wir ein System der Steuerhinterziehung bzw. Steuerdumping gutheißen. Uns geht es um Solidarität mit Zypern, um den Zusammenhalt der Euro-Zone, nicht um die Subventionierung Steuerbetrugs. Das beweisen unsere Forderungen, die von der Regierung Merkel weitgehend übernommen wurden: Verkleinerung des Bankensektors, ein höherer Steuersatz in Zypern, Beteiligung der Aktionäre und Großsparer an der Rettung. Diejenigen, die jahrelang von hohen Zinsen profitiert haben, müssen nun auch einen Teil der Kosten mittragen. Das ist nur fair.

Am Donnerstag war im Bundestag ein einmaliges, trauriges Schauspiel

zu beobachten. Wir wurden Zeuge, wie die Arbeitsministerin von der Leyen von der Vorkämpferin für eine feste Frauenquote zur obersten Umfallerin der Republik wurde. Noch nie habe ich solchen Verrat an den Frauen erlebt. Hier war die einmalige Chance, gemeinsam für eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten zu kämpfen, über Parteigrenzen hinweg. Es ist jämmerlich und beschämend, dass die Revoluzerinnen in den Reihen der Union sich einschüchtern und einlullen ließen von vorgetäuschten Versprechen. Dabei hat die Kanzlerin ja mit ihrem Schwenk bewiesen, dass sie gar nicht so standfest ist, wie viele glauben. Wenn es ernst wird, kümmert sie nicht mal ein Parteitagsbeschluss. Unter Druck wechselt Merkel ihre Meinung wie ihre Jacken.



Inhalt:

Zypern-Hilfe	2
Frauenquote	3
Steuerhinterziehung - Wirtschaftskriminalität	4
Teilzeitarbeit	5
Digitale Gesellschaft	6
Einfache Sprache	7
Arbeitslosigkeit	8
Endlagersucher - Olympia	9
Fachgespräch	10

Inhalt:

Fluglärm	11/12
Mittelstandspolitik	11/13
Schulbesuch	12

Themen in dieser Ausgabe:

- Steuer-Debatte
- Wirtschaft
- Fluglärm

WAHLKREIS

www.mitmachen.spd.de

Hinter diesem Link befindet sich die neue Freiwilligen-Plattform der SPD.

Jede Form des politischen Engagements zählt: Ob eine Minute, eine Stunde oder länger. Wer mich oder die SPD im Wahljahr 2013 unterstützen will, kann dies künftig dann tun, wenn es der persönliche Tagesablauf hergibt.

Auf der Webseite können alle freiwilligen Wahlkampfunterstützerinnen und -unterstützer angeben, in welchem Umfang sie sich in den Wahlkampf einbringen möchten. Abhängig vom individuellen Zeitbudget gibt es dann unterschiedliche Möglichkeiten des Engagements.

Für diejenigen, die sich intensiver am Wahlkampf beteiligen können und möchten, gibt es die Möglichkeit, sich mit der Angabe ihrer Postleitzahl zu registrieren. Dadurch werden die Freiwilligen dann meinem Wahlkreis zugeordnet. So hat mein Team und ich direkt die Möglichkeit mit den Freiwilligen vor Ort in Kontakt zu treten und sie zu Wahlkampfaktionen einzuladen.

Eure

Rita Schwarzelühr-Sutter



Aus Berlin

SPD-Fraktion stimmt Zypern-Hilfen zu

Bei Abstimmungen über europäische Finanzhilfen für Krisenländer ist der SPD oft vorgehalten worden, ohnehin immer der Bundesregierung zu folgen, also für Hilfen zu stimmen. Das ist ein Missverständnis. Denn mitnichten geht es den Sozialdemokratinnen und -demokraten darum, die inkompetente Regierung von Angela Merkel (CDU) zu unterstützen. Die SPD handelt stets im Interesse Europas.

In der Debatte um die nun anstehenden Hilfen für Zypern stellte der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier darum auch klar: „Unsere Zustimmung ist keine Zustimmung zu Ihrem Krisenmanagement.“ In Fragen der Zypern-Rettung habe man einen „Dilettantismus“ der Regierung erlebt, der gipfelte in der „erbärmlichen Vorstellung des Finanzministerrates“, sagte Steinmeier. Mit dem Vorhaben, auch Kleinsparer an der Bankenrettung zu beteiligen, hätten die Finanzminister Angst in Europa verbreitet. Steinmeier wies darauf hin, dass Schäuble diesem zynischen Vorschlag entweder zugestimmt mindestens aber ihn nicht verhindert habe.

In Wahrheit ist es so, dass die SPD sich mit ihren Forderungen schlussendlich durchgesetzt hat und die Bundesregierung auf die SPD-Linie eingeschwenkt ist. Dazu gehört die Verkleinerung des zyprischen Bankensektors, vor allem aber der Einbezug von Aktionären und Großsparerern mit exorbitanten Vermögen, die jahrelang von den hohen Zinsen profitiert hatten. Steinmeier fasste die Haltung seiner Fraktion so zusammen: „Wir sind solidarisch mit Zypern, aber nicht mit einem System, das Steuerhinterziehung begünstigt“. Es könne nicht sein, dass man mit nationalen Steuerdumpingsätzen ein paar schöne Jahre habe und dann von den europäischen Nachbarn Solidarität einfordere. Für Steinmeier ist im Fall Zypern klar: „Steuererhöhungen sind Strukturreformen – sie gehören dazu.“ Dumpingsätze von zehn Prozent sind damit passé.

Keine Krise des Währungs-, sondern des Bankensystems

Die Bundesregierung rühmt sich gern, die Lage in Deutschland sei sehr gut. Daraus leitet sie dann ab,

die krisengeschüttelten Länder müssten einfach den deutschen Belehrungen folgen, dann werde das schon wieder. Steinmeier: „Die Personen auf der Regierungsbank haben keinen Anteil daran, dass es uns besser geht als anderen Ländern.“ Außerdem sei Deutschland mit einer Wachstumsprognose von unter einem Prozent kaum als europäische Lokomotive zu bezeichnen.

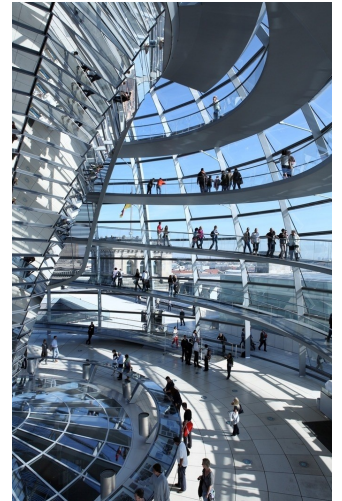
Auch in Europa seien wir „auf dem Weg“, aber von günstigen Aussichten könne keine Rede sein, so Steinmeier. Nicht zuletzt die Verlängerungen der Kreditlinien für Portugal und Irland belegen Steinmeiers Aussage.

Steinmeier schloss seinen Debattenbeitrag mit der Feststellung: „Dieses Land wird unter seinen Möglichkeiten regiert. Ihre Chance wird in 157 Tagen nicht wiederkommen.“

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Carsten Schneider präzisierte in der Debatte noch einmal die Situation in der Eurozone: „Wir haben keine Krise des Währungssystems, sondern eine Krise des Bankensystems.“

Schneider stellte auch noch einmal unmissverständlich klar, dass die SPD nicht für eine gesamtschuldnerische Haftung für andere Länder sei – was schon das deutsche Grundgesetz verbiete. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind aber sehr wohl für eine stärkere Vereinheitlichung der Steuerpolitik.“ Er erklärte, dass zu einer europäischen Bankenaufsicht nach Meinung der SPD ein gemeinsamer Fonds gehöre, in den die Aktionäre der Banken, also die Banken selbst, einzahlen. Vor allem mit diesem Geld sollen die Banken stabilisiert werden und nicht mit dem Geld der Steuerzahler.

Die Anträge über das Ob und Wie der Zypern-Rettung in Höhe von 10 Milliarden Euro des ESM wurden am Donnerstagmittag mit großer Mehrheit vom Deutschen Bundestag angenommen. Gleiches gilt für die Verlängerung der maximalen durchschnittlichen Laufzeit der Darlehen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), des vorläufigen Euro-Rettungsschirms, für Irland und für Portugal. ■



Umfallerinnen verhindern Frauenquote

Eine Frauenquote bei der Besetzung von Aufsichtsgremien in Unternehmen hat mittlerweile eine Reihe von Staaten in Europa eingeführt. Dazu zählen u. a. Norwegen, Belgien und Spanien. In Deutschland steht die schwarz-gelbe Koalition auf der Bremse. Aus Angst, dass 21 Abweichterinnen aus den eigenen Reihen dem Gesetzentwurf von SPD und Grünen zustimmen, hat die CDU am 15. April einen halbherzigen Beschluss zur Quote gefasst: Nun soll im Wahlprogramm von CDU/CSU eine Frauenquote von 30 Prozent von 2020 an stehen.

Doch wirklich hinter der Frauenquote stehen weder die Kanzlerin noch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder. Ganz im Gegenteil: Es formiert sich der Widerstand in der Unionsfraktion gegen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die bis zum 15. April an der Spitze der Abweichter/innen stand. Doch sie, weitere Unionsfrauen, einige -männer und wenige Frauen aus der FDP fielen um und stimmten gegen die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten von zunächst 20 Prozent bis 2018 und 40 Prozent bis 2023. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sprach in der Debatte von „Volksverdummung“ und einem „billigen Kompromiss“, auf den die Quotenbefürworter/innen in der Koalition hereingefallen seien. Denn er speise die Frauen mit einer vagen Ankündigung im Wahlprogramm ab. Zumal die Union behauptete, diese Frauenquote gemeinsam mit der FDP umsetzen zu wollen, wo doch alle wüssten, dass eine Quote mit der FDP nicht zu machen sei. Damit führe die Union „die Menschen hinter die Fichte“, sagte Steinmeier.

Zeit für eine gesetzliche Frauenquote für Führungspositionen

Steinmeier sagte, dass es einem bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Union, Volker Kauder, schwindelig werden könne, weil dieser gleichzeitig für und gegen die Frauenquote geredet habe. Die von der Koalition und Frauenministerin Schröder (CDU) immer wieder propagierte freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen sei nichts neues, stellte der SPD-Fraktionschef klar. Doch sie habe fast nichts

gebracht. Es müsse nun Schluss sein mit Reden und Lamentieren. Nun müssten Taten folgen und „nicht der Flexiquotenquatsch“ von Ministerin Schröder, damit „Frauen nicht in den Startlöchern stecken bleiben“.

Freiwillige Selbstverpflichtungen bringen Frauen nichts

Seit der freiwilligen Selbstverpflichtung der Wirtschaft im Jahr 2001 unter Rot-Grün werden Frauen bei der Besetzung der Aufsichtsgremien in Unternehmen nach wie vor benachteiligt. Nur 13 Prozent der Aufsichtsratsposten sind im Jahr 2013 mit Frauen besetzt, und in den Vorständen sind es sogar nur vier Prozent. „Wenn das in dem Tempo so weitergeht, dauert es bis zur Mitte des Jahrhunderts, bis 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten erreicht worden sind“, warf Steinmeier Schwarz-Gelb vor. Er appellierte an die Vernunft der Quotenbefürworter/innen in den Reihen der Koalition, die Frauen nicht im Regen stehen zu lassen, sondern dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Die Rechtspolitikerin der SPD-Fraktion, Eva Högl, verwies in der Debatte auf das widersprüchliche Agieren der Kanzlerin, die Anfang 2013 in einer Rede vor Wirtschaftsvertretern die niedrige Anzahl von Frauen in Führungspositionen bedauert habe, aber die Frauenquote auf EU-Ebene ausbremse. Die Frauenquote in den Führungsetagen von Unternehmen müsse gesetzlich geregelt werden, denn es habe nichts mit Qualifikation zu tun, wenn die Posten in den Vorständen zu 96 Prozent mit Männern besetzt seien.

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, sprach mit Blick auf den Kompromiss von Kanzlerin Merkel, im Wahlprogramm der CDU eine Frauenquote von 30 Prozent in den Aufsichtsräten von Unternehmen ab 2020 aufzunehmen, von einem Täuschungsmanöver. Weil die Koalition trotz Quotenbefürworter/innen geschlossen gegen die Frauenquote stimmen werde, habe der Fortschritt in unserem Land verloren.

Hintergründe sind hier zu finden: <http://www.spdfraktion.de/themen/umfallerinnen-verhindern-frauenquote>.

Handlungsbedarf beim Kampf gegen Steuerhinterziehung

Die Enthüllungen über die kriminellen Steuerhinterziehungen reicher Menschen, genannt Offshore-Leaks, reißen nicht ab. Die atemberaubende Dimension des Steuerbetrugs wird nach und nach deutlich. Während die FDP sich gegen wirkliche Bekämpfung der Steuerflucht sperrt, fordert die SPD schon seit Jahren eine härtere Gangart und forciert auch den Ankauf von Steuer-CDs – wie unlängst durch Rheinland-Pfalz geschehen. In einer von den Sozialdemokraten beantragten Aktuellen Stunde am vergangenen Donnerstag sagte der stellv. Fraktionschef Joachim Poß: „Stellen Sie sich mal vor, Herr Schäuble, wir hätten jetzt das Steuerabkommen mit der Schweiz. Dann müssten Sie sich nun rechtfertigen. Nur weil wir das unselige Abkommen abgelehnt haben, können Sie sich jetzt als oberster Bekämpfer von Steuerbetrug gerieren.“ Poß zitierte die Neue Zürcher

Zeitung, die geschrieben hatte, dass der Rückenwind für einen Infoaustausch in der EU noch nie so stark war. Poß bezeichnete FDP-Fraktionschef Brüdele als Schutzpatron der Steuerflüchtigen.

Martin Gerster erinnerte daran, dass die Koalition seit Jahren die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung blockiere. Schließlich gehe es bei den Offshore-Geschäften um Milliardensummen an hinterzogenen Steuern. Er stellte klar, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz die Möglichkeit genommen hätte, an die jetzt vorliegenden Daten zu kommen.

Manfred Zöllmer appellierte an die Koalition: „Machen Sie durch Taten deutlich, dass Ihnen die Bekämpfung von Steuerhinterziehung wirklich ernst ist. Dann haben Sie die SPD an Ihrer Seite.“

Wirtschaftskriminalität bekämpfen

Wirtschaftskriminalität ist eines der größten und meistunterschätzten Delikte, es ist ein weltweites Phänomen, das alle Bereiche der Wirtschaft trifft: Unternehmen und Kreditinstitute, öffentliche Hand und Sozialversicherungssysteme, Anlegerinnen und Anleger, Sparerinnen und Sparer, Verbraucherinnen und Verbraucher. In den Fokus rücken neben Schmieregeldskandalen vermehrt auch Lebensmittelskandale mit falsch deklariertem Fleisch und Steuerbetrug. Die SPD-Bundestagsfraktion will Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen.

Die Bilanz ist erschreckend: Jedes zweite der im Rahmen einer Studie befragten Unternehmen (52 Prozent) war im Jahr 2011 in Bezug auf Wirtschaftskriminalität von mindestens einem Schadensfall betroffen. Durch so etwas verlieren Menschen ihren Arbeitsplatz, wird der Wettbewerb verzerrt. Vor allem aber sinke das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem und die Menschen und bei vielen entstehe der fatale Eindruck, man hänge die Kleinen und ließe die Großen laufen, wie SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht am die-

sem Freitag im Bundestag erklärte. „Deshalb müssen wir die Einführung eines Unternehmensstrafrechtes prüfen.“ Wenn der Staat nicht entschieden gegen Millionengauereien vorgeht, entsteht eine kaum zu schließende Gerechtigkeitslücke. Gelder, die dem Staat verschleiert werden, fehlen vor allem auch in der Finanzierung der öffentlichen Haushalte – was wiederum die normalen Bürgerinnen und Bürger am härtesten spüren. Wirtschaftskriminelle leben auf Kosten der Kleinen.

„Während eine Kassiererinnen wegen unerlaubt eingelöster Pfandbons im Wert von wenigen Cents fristlos gekündigt wird, erwirtschaften große Unternehmen hingegen Millionen - und Milliardenbeträge durch kriminelle Handlungen“, sagt Lambrecht. Wie erfahre man von Gammelfleisch oder inakzeptablen Zuständen in Altenheimen?, fragte sie im Plenum. Über die Umetikettierung habe ein couragierter LKW-Fahrer berichtet. Eine Pflegerin hatte sich über die unhaltbaren Bedingungen für die Bewohner in einem Altenheim beschwert. Die mutigen Mitarbeiter seien oftmals Mobbing

... Fortsetzung von Seite 4

ausgesetzt oder bekämen die Kündigung. Christine Lambrecht fordert deshalb einen besseren Schutz für Hinweisgeber. Diesen habe die Regierung bereits angekündigt, doch passiere einfach nichts. Außerdem erinnerte die SPD-Politikerin abermals an die Ausweitung eines Korruptionsregisters, in dem Unternehmen, die bereits aufgefallen sind, notiert sind. Darauf können Städte, Kommunen und Länder zugreifen, um öffentliche Aufträge an seriöse Unternehmen zu vergeben – denn zu oft bekämen Querulanten Aufträge der öffentlichen Hand.

Dunkelziffer von Steuersündern zu hoch

Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und -zahler sehen, dass der Staat nicht gleichmäßig gegen Steuerhinterzieher oder kriminelle Unternehmen vorgeht. Im Jahr 2010 beträgt der Schaden durch wirtschaftskriminelle Machenschaften laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) rund 4,66 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte des Gesamtschadens, der durch aufgeklärte Delikte entstanden ist. Wirtschaftskriminalität hatte aber nur einen Anteil von 1,7 Prozent aller Straftaten, die 2010 in Deutschland begangen worden waren. (Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 2011). Ein erheb-

liches Dunkelfeld sei aber zu vermuten, heißt es von Seiten der SPD. Vor allem fehlen die Milliarden, die in Steueroasen geschafft wurden. Deshalb müsse man grenzüberschreitend mit anderen Behörden zusammenarbeiten. Der Austausch von Daten von potenziellen Steuerbetrüglern zwischen Staaten solle deshalb endlich rechtlich geklärt werden. SPD-Finanzexperte Lothar Binding sagte dazu: „Wenn die Regierung die Steuerhinterziehung wirklich bekämpfen wollen würde, dann müsste sie sich in der G8-Runde und der EU stärker für ein Online-Register für Steueroasen einsetzen.“

Die SPD fordert in ihrem Antrag „Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen“ (Drs. 17/13087) die Bundesregierung auf, ein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Deutschland zu erstellen. Die Verfahren für die Strafverfolgung müssen erheblich verbessert werden, damit Steuerhinterziehung und Korruption der Großen nicht die Lasten der Kleinen bleiben. Der Tatort „Internet“ muss besser überwacht werden. Dafür soll die Gruppe für die Bekämpfung von „Cybercrime“ des Bundeskriminalamts (BKA) besser ausgestattet werden. Die SPD möchte eine transparente Zusammenarbeit von Bund und Ländern, um vorbeugend gegen Geldwäsche vorgehen zu können. ■

Teilzeit ist gut und schlecht – je nach Lebenslage

Jeder fünfte erwerbstätige Mensch arbeitet in Teilzeit, laut Statistischem Bundesamt. Diese Beschäftigungsform ermöglicht es vielen Arbeitnehmern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Doch die meisten Erwerbstätigen in Teilzeitjobs arbeiten entweder mehr als gewünscht oder weniger.

Die Bundestagsfraktion der SPD hat ein Gesetz entworfen, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Zeitsouveränität einräumt. Das wurde am Donnerstag im Deutschen Bundestag vorgestellt (Drs. 17/13084).

Viele Teilzeitbeschäftigte, die aus Gründen wie Krankheit, Unfall oder Fortbildung die Verringerung der Arbeitszeit beantragt haben, können meist nicht in die Vollzeitarbeit zurückkehren. Vor allem schwangere Frauen oder Arbeitnehmer, die mehr Zeit für die Pflege ihrer Familienangehörigen

benötigen, sind in der „Teilzeitfalle“ gefangen. Mehr als zwei Drittel der Frauen, die ein minderjähriges Kind haben, arbeiten nach Angaben des Statistikamts in Teilzeit.

Den Frauen wird dadurch der Weg in die Führungsetagen der deutschen Firmen verbaut. Nach der Babypause sind ihnen fast alle Aufstiegschancen verbaut. Das ist auch ein Grund, warum die Gehaltspanne zwischen Frauen und Männern noch immer 23 Prozent beträgt, denn Führungspositionen werden fast ausschließlich von Vollzeitbeschäftigten besetzt.

Viele Menschen in einer Teilzeitbeschäftigung arbeiten weniger als 32 Stunden, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden (20,6% der Teilzeitbeschäftigten würden gerne im Durchschnitt 15,5 Stunden mehr arbeiten, Statistisches Bun-

... Fortsetzung von Seite 5

desamt 2013, Mikrozensus 2011). Minijobberinnen und Minijobber möchten mehr arbeiten. Mit einer höheren Arbeitszeit können sie von der geringfügigen Beschäftigung zu einer regulär sozialversicherten Beschäftigung gelangen.

Rückkehranspruch zu Vollzeit

Viele private Verpflichtungen binden die Menschen nicht ihr ganzes Leben, aber zu viele stecken in der „Teilzeitfalle“. Der Gesetzentwurf der SPD sieht deshalb vor, dass jeder die Möglichkeit haben muss, in die befristete Arbeitszeitreduzierung zu wechseln. Die Arbeitnehmer müssen aber auch einen Rückkehranspruch zu Vollzeit haben. Der soll im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankert werden.

Nicht immer aber ist Teilzeit möglich. Das Gesetz verlangt daher, dass die Betriebe darlegen müssen, dass Teilzeitanstellungen nicht mit ihrer Organisation und dem Arbeitsab-

lauf vereinbar sei. Arbeitnehmer, die die Verringerung ihrer Wochenarbeitszeit beantragen, dürfen demnach nicht ohne gute betriebliche Begründung entlassen werden. In dem Gesetzentwurf werden die wesentlichen Gründe für den Wechsel zu Teilzeit festgehalten. Die lägen vor, wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer

- mindestens ein Kind unter 14 Jahren hat oder
- wenn ein Familienangehöriger oder die Lebensgefährtin oder der Lebensgefährte pflegebedürftig sind und das durch ein ärztliches Gutachten bestätigt wird.

Teilzeitarbeit ist nicht per se schlecht oder gut – auf die Lebenslage kommt es an. Weniger Arbeitsaufwand bedeutet mehr Zeit für andere Dinge. Teilzeit sichert Arbeitsplätze und schafft neue. Aber Arbeitnehmer müssen das Recht haben, selbst zu bestimmen, wie viel sie arbeiten möchten. ■

Politische Gestaltung der digitalen Gesellschaft

Politische Gestaltung der digitalen Gesellschaft -
wir brauchen endlich Taten der Regierung
Ein Blogbeitrag von Lars Klingbeil und Gerold Reichenbach

„Viel erreicht und doch versagt“ – so hat ein Kommentator die Arbeit der Internetenquete beschrieben. Ihr wichtigstes Ziel hat die Internetenquete erreicht: Es ist nach den intensiven netzpolitischen Diskussionen in den zurückliegenden drei Jahren gelungen, das Thema Netzpolitik im Parlament neu zu verankern. Darüber hinaus ist es der Kommission gelungen, eine umfassende Bestandsaufnahme zu den vielen Herausforderungen der digitalen Gesellschaft vorzulegen und – zum Teil auch mit den Stimmen aller Sachverständigen und Fraktionen – konkrete Handlungsempfehlungen zu verabschieden. Gleichzeitig ist die Enquete-Kommission aber an einigen Stellen auch hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben, weil die Koalition allzu oft nicht willens oder

in der Lage war, sich auf eine konkrete Position zu verständigen und stattdessen vor allem appellative Handlungsempfehlungen vorgelegt hat.

Wenn man die Bestandsaufnahme der Kommission und die Handlungsempfehlungen inklusive der vielen Sondervoten insgesamt bewertet, so hat die Kommission sehr detaillierte Vorschläge für die politische Gestaltung der digitalen Gesellschaft vorgelegt. Nun ist es dringend geboten, die Vorschläge der Internetenquete aufzugreifen und umzusetzen. Dies umso mehr, da die schwarz-gelbe Bundesregierung es sträflich versäumt hat netzpolitische Weichenstellungen vorzunehmen.

Dringend geboten ist aus unserer Sicht nun eine schnelle Umsetzung der Handlungsempfehlungen. Dazu gehören insbesondere die einstimmig empfohlene Einrichtung eines Ausschusses „Internet und digitale Gesellschaft“ sowie eine entsprechende Spiegelung im Bereich der Exekutive, der

... Fortsetzung von Seite 6

Ausbau der Transparenz, die Weiterentwicklung der Informationsfreiheit und der verstärkte Einsatz von neuen Beteiligungsmöglichkeiten, die Förderung der digitalen Selbständigkeit und die Stärkung der Medienkompetenz, die Stärkung des digitalen Datenschutzes und Verbraucherschutzes, die Modernisierung des Urheberrechtes und die Schaffung eines neuen Interessenausgleichs zwischen Urhebern, Kreativen, Verwertern und Nutzern, die Unterstützung des Strukturwandels zur digitalen Wirt-

schaft, die Schaffung einer zukunftsfähigen Breitband-Infrastruktur und Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes, um die Potenziale und Freiheitsräume digital vernetzter Arbeit zu heben. Wir müssen die Vorschläge der Internetenquete aufgreifen und die Rahmenbedingungen für eine offene, pluralistische und demokratische digitale Gesellschaft zu schaffen.

Vgl. auch <http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/2013/04/18/internetenquete/>

„Einfache Sprache“ hilft Menschen mit Lese- und Schreibschwäche

Die Studie „leo. – Level One“ hat 2010 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung als erste Studie in Deutschland die Größenordnung des funktionalen Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren untersucht. Der so genannte funktionale Analphabetismus besteht darin, dass die Betroffenen zwar einzelne einfache Sätze lesen oder schreiben können, nicht jedoch zusammenhängende Texte. 7,5 Millionen Menschen müssen nach der Studie als funktionale Analphabeten eingestuft werden. Das entspricht 14,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung von 18 bis 64 Jahren.

Dazu kommen 13,3 Millionen Menschen, die Bücher, Zeitungen, Gebrauchsanweisungen oder Behördenschriftstücke nur langsam und fehlerhaft lesen und verstehen können. Das sind weitere 26 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren. Diese Menschen mit einer Lese- und Schreibschwäche sowie funktionale Analphabeten können mit Informationen und Materialien in „Einfacher Sprache“ angesprochen werden. Diese „Einfache Sprache“ verzichtet auf Fremdwörter und Fachbegriffe und wird in größerer Schrift gedruckt als herkömmliche Texte. Sie darf nicht mit der „Leichten Sprache“ verwechselt werden, die sich an Menschen mit geistiger Behinderung wendet und mit einfachen Worten, sehr kurzen Sätzen und ergänzenden Bildern arbeitet.

Zusätzliche Angebote in „Einfacher Sprache“ bereitstellen

Durch Angebote im passenden Sprachniveau wachse das Selbstvertrauen, die Lesefähigkeit steige, und es entstehe

eine positive Lesespirale, heißt es im SPD-Antrag „Zugänge schaffen und Teilhabe erleichtern – die „einfache Sprache“ in Deutschland fördern“ (Drs. 17/12724), der am 18. April im Bundestag diskutiert wurde. Es gehe nicht darum, das Lese- und Schreibniveau generell herabzusetzen, sondern die Absicht, diese Zielgruppen überhaupt zu erreichen. Das würde auch dazu führen, dass die Betroffenen Fortbildungen besuchen und damit ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessern.

Laut Antrag soll sich der Bundestag dazu verpflichten, über die wichtigsten Debatten im Plenum auch in „Einfacher“ und „Leichter“ Sprache im Internet zu informieren. Dieses Angebot solle sich auch auf die Zeitung „Das Parlament“ erstrecken. Darüber hinaus sollen Publikationen in „Einfacher“ und „Leichter“ Sprache entwickelt werden. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, in ihren Forschungsprogrammen die unzureichende Lese- und Schreibkompetenz sowie deren soziale Implikationen zu verankern. Insbesondere soll der sozioökonomische Hintergrund von Menschen mit unzureichender Lese- und Schreibkompetenz untersucht werden. Außerdem soll das Instrument der „Einfachen Sprache“ weiterentwickelt und gefördert werden. Dazu ist die Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener um die Zielgruppe der 13,3 Millionen Menschen mit Lese- und Schreibschwäche zu erweitern. Ein Förderprogramm des Bundes soll die Herstellung von Leseangeboten in „Einfacher Sprache“ unterstützen. Die zusätzliche Anwendung der „Einfachen Sprache“ soll in staatlichen Stellen verbindlich werden.

Arbeitslosenquote behinderter Menschen besonders hoch

In Deutschland sind Unternehmen verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung zu stellen. Das gilt ab 20 Arbeitsplätzen im Jahresdurchschnitt. Wer also 20 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, muss mindestens einen Arbeitsplatz mit einem schwerbehinderten Menschen besetzen.

Fast jedes dritte Unternehmen erfüllt die gesetzliche Beschäftigungspflicht nicht oder nur unzureichend. Wer der Verpflichtung nicht nachkommt, muss eine Ausgleichsabgabe bezahlen, die je nach Erfüllungsquote zwischen 115 Euro bis 290 Euro pro Monat und unbesetztem Pflichtplatz liegt.

Ein großer Teil der Menschen mit Behinderung im erwerbsfähigen Alter findet keine Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen ist seit Jahren fast doppelt so hoch wie die der nicht-behinderten Menschen, und sie steigt weiter an. Das liegt hauptsächlich an der Erhöhung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren. Bei diesem Personenkreis verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit und erschwert die Wiedereingliederung.

Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung verbessern

Die SPD-Fraktion will für behinderte Menschen einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen und hat dazu einen umfangreichen Maßnahmenkatalog in einem Antrag (Drs. 17/9931) formuliert, der am 18. April im Bundestag debattiert wurde.

Um für schwer behinderte Menschen eine bessere Beschäftigungsquote zu erreichen, wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Unternehmen stärker in die

Pflicht nehmen. Dazu soll die Ausgleichsabgabe mehr als verdoppelt werden und die Pflichtquote von fünf auf sechs Prozent angehoben werden. Letztere war 2003 abgesenkt worden mit der Verpflichtung für die Unternehmen, schwerbehinderte Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Das hat jedoch nicht funktioniert. Also soll die Quote wieder erhöht werden.

Die Ausgleichsabgabe soll bei einer Erfüllungsquote von drei bis sechs Prozent von 115 Euro auf 250 Euro, bei einer Beschäftigungsquote von zwei bis unter drei Prozent von 200 Euro auf 500 Euro und bei einer Beschäftigungsquote von weniger als zwei Prozent von 290 Euro auf 750 Euro angehoben werden. Diese Abgabe soll künftig für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu verwendet werden und nicht mehr für Behindertenwerkstätten und Wohnheime.

UN-Behindertenrechtskonvention besser umsetzen

Insbesondere will die SPD-Fraktion die Beschäftigung in Integrationsunternehmen und -projekten fördern. Ziel der im Antrag genannten Maßnahmen ist die bessere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Arbeitsmarktbereich. Dazu soll in den Arbeitsagenturen und Jobcentern speziell ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen, das besser beraten und Menschen mit Behinderung in Arbeit vermitteln kann.

In Betrieben, in denen Menschen mit Behinderung arbeiten sind, will die SPD-Fraktion ihre Interessenvertretung verbessern. Deshalb soll die Schwerbehindertenvertretung zu einer Behindertenvertretung weiterentwickelt werden. ■

Endlagersuche nach wissenschaftlichen Kriterien

Mit dem Kompromiss, den Bund und Länder zur Suche nach einem Endlager für atomare Abfälle geschlossen haben, kann nun ein wissenschaftsbasiertes Verfahren gestartet werden. Bis 2031 soll ein Standort für ein atomares Endlager gefunden werden.

Bis 2015 sollen durch eine Enquete-Kommission die Kriterien nach Stand von Wissenschaft und Technik für eine Endlagersuche formuliert werden. Dazu gehören geeignete Gesteinsformationen für eine Lagerung unter Tage. Erst, wenn die Kriterien feststehen, werden in den folgenden 16 Jahren mögliche Standorte untersucht. Das heißt, die Entscheidung wird in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren getroffen.

Ganz anders war es bei Gorleben. Hier hatte sich 1977 die CDU-geführte Landesregierung von Niedersachsen für den Standort entschieden, dessen Erkundung erst 1983 von Bundeskanzler Helmut Kohl angeordnet wurde. Die Standortentscheidung war also rein politisch motiviert und blendete wissenschaftliche Erkenntnisse, wie Zeugen im Gorle-

ben-Untersuchungsausschuss berichteten, bewusst aus. Erst die rot-grüne Bundesregierung hatte von 2000 an Kriterien für eine Endlagersuche erarbeiten lassen und zuvor einen Erkundungsstopp für Gorleben verhängt. Das jetzt im Konsens erarbeitete Verfahren geht den umgekehrten – und damit richtigen – Weg: Erst werden die Untersuchungskriterien erarbeitet, dann werden mehrere mögliche Standorte untersucht.

Dass Gorleben als Standort nicht explizit ausgeschlossen werden kann, ist Teil des jetzt erzielten Kompromisses. Die Entscheidung, nun keine Castor-Behälter mehr ins Zwischenlager in Gorleben zu transportieren, ist zu begrüßen, weil damit das Vertrauen der Menschen im Wendland in eine ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager gewonnen werden kann.

Das Endlagersuchgesetz soll noch vor der Bundestagswahl im September 2013 von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. ■

Ringen droht der Ausschluss aus Olympischen Spielen

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) berät über den Ausschluss der traditionellen Sportart Ringen von den Olympischen Spielen. Von den Spielen 2020 an, um deren Austragung die Städte Tokio, Istanbul und Madrid werben, sollen die Ringer nicht mehr auf der Matte im Kampf um das begehrte Edelmetall kämpfen. Das empfiehlt das Exekutivkomitee des IOC, Gründe dafür wurden aber nicht genannt. Der Deutsche Bundestag ist mehrheitlich dagegen.

Bereits bei den Olympischen Spielen in der Antike habe sich das Ringen besonderer Aufmerksamkeit erfreut und solle als kulturelles Erbe der Olympischen Spiele erhalten bleiben, heißt es von Seiten der SPD. Die Fraktionen der SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP setzen sich in einem gemeinsamen Antrag für einen Verbleib des Ringens bei den Olympischen Spielen ein. Das Interesse an dem Sport ist ungebrochen und nimmt als Breitensport eine wichtige Stellung in Deutschland ein. Über den Wert des Spitzensports hinaus trägt Ringen zur gesellschaftlichen Integration bei, auch aufgrund der großen Beliebtheit bei zugewanderten Menschen. Im Moment tauschen sich der Deutsche Ringerbund (DRB) und der Internationale Ringerbund (FILA) im engen Kontakt mit dem IOC aus. Sie möchten Lösungswege finden, um die Sportart Ringen weiterhin als Bestandteil der Olympischen Spiele zu etablieren. Die Bundestagsfraktionen wollen dafür sorgen, dass unter Beachtung der Autonomie des Sports

und der legitimen Interessen mitbewerbender Sportarten der DRB von der Politik bei der Erarbeitung internationaler Reformvorschläge unterstützt wird. Dazu soll auf der 5. UNSECO Weltsportkonferenz über den drohenden Ausschluss der Sportart debattiert und Auswege gefunden werden. Der Ringer-Weltverband hat indes angekündigt, die eigene Arbeit und die der Verbände zu prüfen und gegebenenfalls einige Umstrukturierungen vorzunehmen.

Sport ist seit jeher autonom. Die Sportverbände geben sich eigene Richtlinien, Verfahren, Regeln. Die letzte Entscheidungsinstanz über den Verbleib der Sportart Ringen liegt bei den Funktionären der Verbände und den Ausrichtern der Sportveranstaltung, in diesem Fall das IOC. Aufgrund der Autonomie des Sport kann die Politik nur für das Ringen werben.

Auch die USA und Russland haben sich für den Erhalt des Ringens bei den Olympischen Spielen ausgesprochen. Die Bundesregierung solle sich im Rahmen einer internationalen Sportpolitik für einen grenzüberschreitenden Austausch jeglicher Verbände und Regierungen einsetzen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion. Das IOC wird über den Fall bei der Vollversammlung am 13. September in Buenos Aires abschließend beraten. Sabine Bätzing-Lichtenthäler ist die zuständige Berichterstatterin für das Thema in der AG Sport. ■

Fachgespräch „Demokratie braucht Transparenz“

Vertrauen in Politik kann mit neuen Regeln für mehr Transparenz gestärkt werden. Zudem ist die Umsetzung des UN-Antikorruptionsabkommens überfällig.

Um das Vertrauen in die Demokratie und die Volksvertreter zu stärken müssten politische Prozesse transparenter gestaltet werden, argumentierte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht in dem öffentlichen Fachgespräch der Bundestagsfraktion. Die Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern zeigten deutlich, dass diese das Ausmaß und die Intransparenz von Lobbyismus besonders kritisch sehen würden. Interessenvertretung genießt derzeit keinen guten Ruf. In der zweistündigen Debatte am Montagvormittag tauschten sich Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion und weitere Expertinnen und Experten über die Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung, Regeln für Lobbying und Parteienfinanzierung aus.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Legislatur verschiedene Initiativen für mehr Transparenz und für eine bessere Korruptionsbekämpfung in den Bundestag eingebracht. Doch geschehen ist wenig, und neue Regelungen werden erst nach einem Regierungswechsel umgesetzt werden können. Denn es fehle der Bundesregierung an politischem Willen, kritisierte der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Burkhard Lischka.

Edda Müller, die Vorsitzende von Transparency International Deutschland, nannte es beschämend, dass die schwarzgelbe Koalition noch immer das Antikorruptionsabkommen der UN blockiere, das eine Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung vorsieht. Sie lobte den „unermüdlichen Einsatz“ der Opposition. Die SPD hat schon im Februar 2012 ein Gesetz dazu vorgelegt, das in Fachkreisen als hervorragender Entwurf gilt.

Die Bundestagsfraktion fordert weiterhin die Einführung eines Lobbyregisters und Transparenz beim Einsatz externer Mitarbeiter in Ministerien, Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder, bevor sie in die Wirtschaft wechseln können, und mehr Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten. Das aktuelle Regierungsprogramm der SPD sieht zudem eine Höchstgrenze von Parteispenden bei 100.000 Euro vor. Die SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks sprach sich auf der Veranstaltung außerdem dafür aus, die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden auf 5000 Euro zu senken. Die SPD beispielsweise habe im ver-

gangenen Jahr 195 Spenden über der Grenze von 10.000 Euro gehabt, bei einer Grenze von 5000 Euro hätte sie 517 Spenden veröffentlichen müssen. Ein Großteil der Spenden stamme dabei von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. Sponsoring, wie es auf Parteitag üblich ist, solle jedoch nicht überschätzt werden, es mache bei der SPD nur etwa ein Prozent der Einnahmen aus.

Hans Michael Heinig, der öffentliches Recht in Göttingen lehrt, verwies in der Debatte um Spenden auf die Finanzierungsfreiheit von Parteien. Die bestehenden Kontrollmechanismen hielt er für ausreichend. Er ergänzte zudem, dass Parteien ausreichend finanziert seien müssen, damit sie in ihrer Finanzkraft nicht den Fraktionen unterliegen würden, in der Funktionsträger und nicht die Mitglieder die meiste Macht hätten.

Timo Lange, Campaigner bei LobbyControl, brachte die wichtige Perspektive in die Debatte ein, dass Transparenz kein Allheilmittel sei. Beim Thema Lobbying müsse bedacht werden, dass gerade kleinere Interessengruppen sich oftmals nicht oder nicht ausreichend organisieren könnten und keinen Zugang zur Politik hätten. Ein Lobbyregister wolle er zudem um die Ministerien ergänzt sehen, allein eines beim Bundestag reiche nicht aus. Aus seiner Sicht sollte die Praxis der externen Mitarbeit in Ministerien gänzlich gestrichen werden.

Der Geschäftsführer der BITKOM, Bernhard Rohleder, plädierte dafür, das Lobbying aus der Grauzone hinauszuführen und zu einer „offenen Interessenvertretung“ zu kommen. So handhabe der Bundesverband das mit eigenen Positionspapieren, die über das Internet abrufbar seien, Livestreams von politischen Abenden sowie der Haltung, keine Rekrutierung im politischen Betrieb zu betreiben. Eva Högl, die stellvertretende rechtspolitische Sprecherin der Fraktion, hakte an diesem Punkt ein, denn Politik könne auf Interessenvertretung nicht verzichten, um mit anderen Organisationen im Austausch zu bleiben. Anders, als es bisweilen behauptet werde, wolle die SPD-Bundestagsfraktion Lobbyismus nicht verbieten. Einigkeit zwischen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestand darin, dass eine bessere Nachvollziehbarkeit insbesondere bei der Entstehung von Gesetzen wichtig sei, um verlorenes Vertrauen in die Politik wieder herzustellen und die Transparenz weiter zu erhöhen. ■

Aus dem Wahlkreis

Ohne SPD hätten die Menschen heute keine Entlastung vor Fluglärm!

Sowohl SPD-Bundestagsfraktion, wie Landtagsfraktion und die Grün-Rote Landesregierung haben sich gegen diesen von CSU-Bundesminister Ramsauer ausgehandelten Staatsvertrag ausgesprochen!

Die Medienmitteilung „Wahlempfehlung“ der Bürgerinitiative Flugverkehrsbelastung Landkreis Waldshut e.V. verkennt und leugnet die Tatsachen: Die SPD-geführte Bundesregierung hat 2002 die Durchführungsverordnung (DVO) zur Luftverkehrsordnung erlassen. Sie wurde erst kürzlich vom europäischen Gerichtshof bestätigt. Das ist bis heute der einzige Schutz der Südbadener vor Fluglärm. Der ausgehandelte Staatsvertrag von Unionspolitiker Ramsauer geht dagegen hinter diese DVO zurück und verschlechtert die Situation der Deutschen.

„Das passt wohl nicht allen, und dann werden die Tatsachen ins aberwitzige verdreht bis das gewünschte Ergebnis passt und die angeblich parteiunabhängige Wahlempfehlung abgegeben wird. Fakten blendet die BI Fluglärm Waldshut einfach aus“, so Rita Schwarzelühr-Sutter.

Sowohl SPD-Bundestagsfraktion, wie Landtagsfraktion, die Grün-Rote Landesregierung und die Kommunalpolitiker haben sich eindeutig gegen diesen von CSU-Bundesminister Ramsauer ausgehandelten Staatsvertrag ausgesprochen!

Der CSU-Bundesverkehrsminister hat uns einen derartig schlechten Staatsvertrag aufgetischt, dem am Anfang auch noch die CDU-Landräte fast auf den Leim gegangen wären. Dazu haben die CDU-

und FDP-Bundesminister im Kabinett dem Staatsvertrag schon zugestimmt. Die CDU-Landesgruppe (also die CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg) war erst dagegen, nachdem die SPD-Bundestagsfraktion sich dagegen ausgesprochen hat. Auch hat sich die SPD-Landtagsfraktion mit den örtlichen SPD-Abgeordneten im Klettgau den Bürgern gestellt und sich vehement gegen den Staatsvertrag ausgesprochen.

„Wenn man sich diese Fakten anschaut und die wichtigen Ereignisse im Fluglärmstreit der letzten Jahre betrachtet, dann ist es mir unverständlich wie man als BI Flugverkehrsbelastung eine Wahlempfehlung für die CDU aussprechen kann. 2005 hat der heutige CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Volker Kauder gar 60.000 Anflüge versprochen. Der Brief von Volker Kauder war einst auf der Homepage der BI zu sehen, wurde dann aber wieder entfernt. Die Kanzlerin hat den Schweizern Lärmmessungen versprochen und schon den Weg für den neuen Staatsvertrag geebnet. Das Ergebnis ist Ramsauers Staatsvertrag. Er ist eine Katastrophe für die Region.“, erklärt die Sozialdemokratin.

Die BI Schwarzwald Baar und Konstanz sind sach- und ergebnisorientiert, während die BI Waldshut regelmäßig zu Wahlkampfzeiten Stimmung macht.

„Ich bedauere dies außerordentlich, denn nur wenn wir alle in Südbaden zusammenstehen, werden wir erfolgreich sein. Ein derartiges Parteigeplänkel schadet nur den Menschen in Südba-



SPD ist Partner der Realwirtschaft

Die SPD-Bundestagsfraktion präsentiert heute in Berlin ihr Konzept zur Mittelstandspolitik „Unternehmen Zukunft – Politik für einen starken Mittelstand“. Der deutsche Mittelstand steht vor großen Herausforderungen: Demografische Entwicklung, Klimawandel und globale Ressourcenknappheit, steigende Energiepreise, die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa, aber auch die Unterfinanzierung von wirtschaftsnaher Infrastruktur in den Bereichen Verkehr und Kommunikation.

Vor allem aber die Energiewende brennt der Wirtschaft unter den Nägeln. Hier versagt die schwarz-

gelbe Bundesregierung völlig. Neben der sicheren und bezahlbaren Energie ist die Fachkräftesicherung die wohl wichtigste Herausforderung für den Mittelstand in den kommenden Jahren. Es kommt nun darauf an, das vorhandene Potenzial zu stärken, indem etwa die duale Ausbildung gefördert und das Bildungssystem durchlässiger gestaltet wird. Die SPD will „Anwalt der Wirtschaft“ sein, sie im Bereich Innovation und Investition stärken, in der Bürokratie dagegen entlasten.

[Download Mittelstandspapier der SPD-Bundestagsfraktion](#)

Schüler in Berlin

Schülerinnen und Schüler der Waldtorschule in Waldshut waren im politischen Berlin zu Besuch. Die Mädchen und Jungen konnten im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter alle ihre Fragen rund um Politik und den Job einer Politikerin loswerden. ■



Petition gegen Fluglärm

Rita Schwarzelühr-Sutter hat heute gemeinsam mit ihren südbadischen Bundestagskollegen Birgit Homburger und Andreas Jung mehr als 10.000 Unterschriften gegen den Staatsvertrag mit der Schweiz von den beteiligten Bürgerinitiativen entgegengenommen. ■



10.000 Unterschriften gegen den Fluglärmstaatsvertrag an südbadische Bundestagsabgeordnete übergeben

Unternehmen Zukunft - Den Mittelstand stärken!

Der deutsche Mittelstand befindet sich in einer guten Lage trotz der Eurokrise: Die Beschäftigungszahlen und die Umsätze steigen. Warum läuft es im Mittelstand so gut? Unser Magazin für die Soziale Marktwirtschaft gibt darauf Antwort.

Dank unserer Konjunkturpakete sind Mittelstand und Handwerk gut durch die Krise gekommen. Die befürchtete Kreditklemme für mittelständische Unternehmen ist bislang ausgeblieben. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen sind weiter gut, aber die Kreditnachfrage lässt wegen der Eurokrise nach.


Die Umsetzung der Energiewende ist längst überfällig. Herausforderungen für den Mittelstand liegen also auf der Hand, denen wir uns heute stellen müssen. Auch wenn die Stimmung bei Industrie und Handwerk allgemein gut ist, müssen wir die Kostenentwicklung bei der Energie in den Griff bekommen, damit die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen und vor allem bei der Logistik insbs. beim Verkehrsgewerbe nicht auf der Strecke bleibt.

Die Bundesregierung hat sich im letzten Jahr gezwungenermaßen zu einer Wende in ihrer Energiepolitik entschlossen. Schade, dass sie sich nicht entscheiden kann, ob sie die Wende über Steuerbord oder über Backbord machen soll. Entscheiden Sie sich endlich, setzen sie die Segel, dann kommen Sie auch voran. Die Bewältigung der Energiewende ist eine der zentralen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Den Umbau der Energieversorgung schaffen wir nur mit dem Mittelstand als Produzent und Dienstleister. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen gezielte Unterstützung innerhalb der Wachstumsfelder Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Nachhaltig-

ke Mobilität, um neue Entwicklungen aufzugreifen und die entsprechenden Marktchancen nutzen zu können. Die Bundesregierung muss hier endlich ein schlüssiges Konzept, einen Masterplan, vorlegen, damit die Energiewende nicht zum Konjunkturrisiko wird. Bei der Umsetzung der Effizienzrichtlinie ist die deutsche Regierung ein Totalausfall.

Die Minister Rösler und Altmaier haben angekündigt, Mittelstand und Handwerk bei den Stromkosten entlasten zu wollen. Wir haben genug gehört, lassen Sie ihren Worten auch Taten folgen. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe- Wir wollen deshalb ein Monitoring, dass die Preisentwicklung für Verbraucher und Unternehmen im Auge behält. Die Preisentwicklung muss transparent und nachvollziehbar sein. Bei der Diskussion über die Kosten darf allerdings nicht der Blick dafür verloren gehen, dass für Unternehmen gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen die Energiewende mit erheblichen Chancen verbunden sein kann. Diese müssen wir nutzen. Wir benötigen in Deutschland eine Qualifikations- und Qualitätsoffensive. Nehmen wir zum Beispiel den Bau- und Gebäudetechnikbereich, sowohl bei der Verarbeitung als auch bei dem Einbau komplexer Energieeffizienzsysteme wollen wir Handwerksbetriebe bei der Qualifizierung unterstützen. Deswegen müssen Anforderungen frühzeitig in Aus- und Weiterbildung der entsprechenden Berufe einbezogen werden. In Zusammenarbeit mit Sozialpartnern sind entsprechende Verordnungen zu überarbeiten, Weiterbildungstarifverträge und Sozialpartnervereinbarungen helfen die Qualifikationsanforderungen auf breiter Basis in den Betrieben umzusetzen.

[Das Magazin zum Download.](#)



Impressum

Rita Schwarzelühr-Sutter MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 22773071

Fax: 030 22776173

rita.schwarzeluhr-sutter@bundestag.de

Bürgerbüro

Wallstraße 9 / Kaiserstraße 22

79761 Waldshut-Tiengen

Tel.: 07751 9176881

rita.schwarzeluhr-sutter@wk.bundestag.de

Bildnachweis:

S. 2, oben: © Deutscher Bundestag / Arndt Oehmichen

alle anderen Bilder: © Rita Schwarzelühr-Sutter
